



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 30.11.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 7. Dezember 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 301, Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 14.09.2023

Bereich Kultur

2. **23-F-69-0066**

Wiesbaden als Teil der World Design Capital
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 4. Oktober 2023-

World Design Capital (WDC) ist der Titel für ein einjähriges Förderprogramm der World Design Organization (WDO), mit dem Städte und Metropolregionen auf der ganzen Welt im Bereich Design als Welthauptstadt anerkannt und ausgezeichnet werden. Der Titel World Design Capital wird seit 2008 alle zwei Jahre von der WDO auf der Grundlage eines weltweiten Bewerbungsverfahrens an Städte vergeben, die ein überzeugendes Konzept für eine nachhaltige Verbesserung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen in ihrer Stadt/Region durch Designprojekte entwickelt haben und sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen orientieren.

Die Stadt Frankfurt hat in einer umfangreichen Pressemitteilung vom 13.09.2023 freudig mitgeteilt, dass Frankfurt und die Rhein-Main-Region von der Jury ausgewählt wurden, im Jahr 2026 den Titel World Design Capital tragen zu dürfen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hatte sich ebenfalls mit Projekten am Ausschreibungsprozess beteiligt. Eine Mitteilung über den erfolgreichen Bewerbungsprozess ist seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden bisher nicht ergangen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welchen Anteil die Landeshauptstadt Wiesbaden am Bewerbungsprozess hatte und in welchem Umfang sie im Jahr 2026 an dem Projekt beteiligt ist,
2. mit welchen konkreten Maßnahmen sich die Landeshauptstadt Wiesbaden beworben hat,
3. ob über die im Bewerbungsprozess genannten Projekte weitere Maßnahmen/Projekte geplant sind,
4. mit welchem finanziellen Aufwand der Bewerbungsprozess verbunden war und mit welchen Kosten im Zuge der Durchführung des Förderprogramms zu rechnen ist,
5. welche Fördermittel im Rahmen des World Design Capitals akquiriert werden können,
6. ob, und wenn ja, in welchem Umfang, andere Wiesbadener Kulturinstitutionen an dem Projekt teilhaben und/oder profitieren können,
7. ob geplant ist, den weltbekannten Wiesbadener Designer Dieter Rams im Rahmen der World Design Capital besonders zu würdigen.

3. 23-F-69-0048

Wiesbaden dauerhaft als Fluxus-Stadt etablieren
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21. Juni 2023-

ANLAGE

4. 23-F-05-0013

Konsolidierung der Wiesbadener Kulturauszeichnungen
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 15.11.2023-

ANLAGE

5. 23-K-57-0027

Überleitung nicht verausgabter Projektmittel
-Beschlussempfehlung des Kulturbeirats „Überleitung nicht verausgabter Projektmittel“ für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 07. Dezember 2023-

In der Aufstellung des Kulturhaushalts für das Jahr 2024 wurden die freien Projektmittel des Kulturamts von derzeit 500.000 € p.a. auf 150.000 € reduziert. Die Mittel wurden in 2023 nicht vollständig verausgabt.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, nicht verausgabte Mittel des Kulturamts aus dem Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024 überzuleiten und sie nicht in die allgemeine Finanzwirtschaft zurückfließen zu lassen, um hierüber die verfügbaren freien Projektmittel des Kulturamts in 2024 zu verstärken.

6. 23-K-57-0028

Kultur im Gestattungsvertrag über die Ausübung von Werberechten auf öffentlichen Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden ab 2026

-Beschlussempfehlung des Kulturbeirats „Kultur im Gestattungsvertrag über die Ausübung von Werberechten auf öffentlichen Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden ab 2026“ für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 07. Dezember 2023-

Die Stadt Wiesbaden hat sich im Kulturentwicklungsplan dem Vorhaben angenommen, die Sichtbarkeit von Kultur durch Förderung und Unterstützung diverser Werbemöglichkeiten im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Der Kulturbeirat möchte im Rahmen der Neuverhandlung des Werbenutzungsvertrages daher die Stadt Wiesbaden darum bitten, die Bedürfnisse der Wiesbadener Kulturschaffenden nach rabattierten Werbemöglichkeiten im öffentlichen Raum auch weiterhin zu berücksichtigen.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, daher folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten bei der Neuverhandlung des Werbenutzungsvertrages folgende Randbedingungen für Kulturschaffende besonders zu berücksichtigen:

1. Das Kontingent für 75%-Rabattierung bei Allgmeinstellen und Moskitonetzen für Kulturwerbung soll beibehalten werden.
2. Die 75%-Rabattierung soll für alle Werbeflächen gelten, die der Werbenutzungsvertrag einschließt. Auch und insbesondere gilt das für aktuelle und zukünftige digitale Werbeflächen.
3. Aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit und der Möglichkeit schnell reagieren zu können möge der Vertragspartner der Stadt darum gebeten werden, mit der Ausbringung der Printmedien ein lokales oder zumindest regional ansässiges Unternehmen zu beauftragen.
4. Die bereits beschlossenen Maßnahmen für die Zukunft der Kulturwerbung in der Stadt sowie Maßnahmen im Kulturentwicklungsplan sollen bei der Vertragsgestaltung mitgedacht werden. Das betrifft vor allem die Infopoints, die Dachmarke Kultur und die digitalen Werbeflächen für Kultur.
5. Auch mit dem neuen Vertrag sollen Kulturschaffende weiterhin die Möglichkeit bekommen, kostenfrei bis zu 100 Plakate mittels Siegelmarken im öffentlichen Raum platzieren zu können.
6. Der Fördertopf des Kulturamtes soll erhalten bleiben, sodass eine Förderung auch über die Rabattierung der Kulturwerbung um 75% hinaus weiterhin möglich bleibt.

7. 23-V-41-0021

DL 35/23-16

Abschlussbericht der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

ANLAGE

Bereich Schule

8. 23-F-69-0082

Welche Zukunft hat die Helene-Lange-Schule?
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.12.2023-

Mit Beschluss Nr. 0014 vom 10.02.2022 hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Grundsatzvorlage zur Generalsanierung und Erweiterung der Helene-Lange-Schule verabschiedet. Gegenstand der Beschlussfassung war die Feststellung, dass die Erweiterung und Generalsanierung auf dem bestehenden Grundstück erfolgen soll, da ein Neubau auf einem anderen Grundstück am Moltkering durch das Umweltamt abgelehnt wurde.

Im nun vorgestellten Masterplan Gesundheitswirtschaft (SV 23-V-61-0004) der Dezernate I, II und IV ist auf Seiten 138 und 139 das St.-Josephs-Hospital + Medical Mile als „dynamischer Klinikstandort mit kompaktem Volumen in kleinteiliger Umgebung“ mit seinen Entwicklungsperspektiven planerisch dargestellt. So ist der aktuelle Standort der Helene-Lange-Schule als Wohnfläche ausgewiesen. Über mögliche Alternativen zur aktuellen schulischen Nutzung gibt der Plan keine Auskunft.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. ein klares Bekenntnis für ein Fortbestehen der Helene-Lange-Schule in ihrer jetzigen Form in Wiesbaden abzugeben,
2. zu berichten, wie der von Oberbürgermeister Mende, Bürgermeisterin Hinninger und Stadträtin Löbcke vorgestellte Masterplan Gesundheitswirtschaft diesbezüglich mit der beschlossenen Generalsanierung und Erweiterung der Helene-Lange-Schule am aktuellen Standort in Einklang zu bringen ist,
3. zu berichten, seit wann die diesbezüglichen Vorschläge des Masterplan Gesundheitswirtschaft intern diskutiert werden,
4. zu berichten, ob bereits weitere Alternativstandorte für die Helene-Lange-Schule geprüft wurden und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

9. 23-F-63-0151

Sichere Schulwege: Ein schulisches Mobilitätsmanagement für Wiesbadener Schüler*innen
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.11.2023-

"Elterntaxis" stellen verkehrlich ein großes Problem, insbesondere an Grundschulen in Wiesbaden, dar. Mit der Einführung eines schulischen Mobilitätsmanagements möchte die Stadt die Sicherheit von Schüler*innen, die zu Fuß, mit dem Bus oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen, erhöhen. Unter dem Motto „Besser zur Schule“ erarbeiten Schulen und Stadt mit

Unterstützung des Fachzentrums Schulisches Mobilitätsmanagement des Landes Hessen seit 2022 in einem Pilotversuch für fünf Grundschulen Schulmobilitätspläne.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zum aktuellen Stand des Projektes "Wiesbaden geht besser zur Schule" und über die Zwischenergebnisse und Erfolge zu berichten,
- 2) zu berichten, welche Erkenntnisse aus den Detailprojekten mit der Diesterwegschule und der Pestalozzischule gezogen werden können und inwieweit diese auf andere Schulen übertragbar sind,
- 3) zu berichten, wann die Mobilitätskonzepte der drei noch offenen Pilotschulen abgeschlossen sein werden,
- 4) zu berichten, ob und wann für weitere Schulen ein schulisches Mobilitätskonzept erstellt werden soll,
- 5) die Ergebnisse der Umfrage zum Thema "Mit dem Fahrrad zur Schule" des Stadtelternbeirates Wiesbaden dem Ausschuss vorzustellen und zu erläutern, welche Konsequenzen/Handlungen aus der Umfrage resultieren,
- 6) einen Vorschlag zu machen, wie die Erstellung eines Verkehrskonzeptes in den Planungsprozess für Neubau von Schulen oder bei einer Erweiterung aufgrund der signifikanten Erhöhung der Schüler*innenanzahl integriert werden kann, sodass eine frühzeitige Klärung der Mobilitätsbelange sichergestellt ist. Dabei sind die Anbindungen über Radwege/ mit dem ÖPNV / dem PKW und zu Fuß zu prüfen und Lösungsvorschläge in die weiteren Planungen einfließen zu lassen,
- 7) die Einführung von Schulstraßen ergebnisoffen zu prüfen, in denen Pkw unter bestimmten Bedingungen (Schulbeginn/Schulende) die Durchfahrt zu festgelegten Zeiten untersagt sein kann, und entsprechende Vorschläge für die etwaige Umsetzung zu machen.

10. 23-F-22-0033

Antisemitismus an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten und CDU vom 29.11.2023-

Seit dem Überfall der Hamas auf Israel und den seither tobenden Kämpfen nehmen antisemitische Vorfälle und Straftaten deutlich zu. Dies hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus berichtet. Auch an Schulen kommt es vermehrt zu antisemitischen Beschimpfungen. Die Stadt Düsseldorf hat daher beispielsweise eine Handreichung für Schulleitungen und Lehrkräfte erarbeitet, die beim Umgang mit Antisemitismus im schulischen Kontext unterstützen soll. Insbesondere die Schulsozialarbeit kann bei der Aufarbeitung und Prävention von Antisemitismus an Schulen gefordert sein.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1) wie viele antisemitische Vorfälle an Schulen seit Beginn des Jahres 2023 verzeichnet wurden.
- 2) ob hierbei ein Anstieg seit Anfang Oktober zu verzeichnen ist.
- 3) ob und wie die städtische Schulsozialarbeit bei antisemitischen Vorfällen an Schulen tätig wird.

Bereich Städtepartnerschaften (ohne TOP)

Tagesordnung II

1. 22-F-69-0024

Kunstinstallation „Der Speer des Riesen Ekko“
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2022-

Der Bericht des Dezernats I vom 14.09.2023 steht im PIWi zur Verfügung.

2. 23-V-41-0023

Troncmittel Kultur 2023

Die Vorlage steht im PIWi zur Verfügung.

3. 23-V-41-0024

DL 35/23-17

Vorabfreigabe Kultur 1. Halbjahr 2024

4. 23-V-41-0025

DL 35/23-18

Verlängerung des Betrauungsakts zugunsten des Kulturzentrums Schlachthof Wiesbaden e.V.

5. 23-F-69-0047

Sonnenschutz auf neu gestalteten Schulhöfen
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21. Juni 2023-

Der Bericht des Dezernats III vom 07.09.2023 steht im PIWi zur Verfügung.

6. 23-V-40-0018

DL 35/23-14

Finanzbericht des Schulamtes 2023 2. Halbjahr

7. 23-V-40-0020

DL 35/23-15

Planungsmittel Anspruch auf Ganztägige Betreuung

8. 23-V-40-0019

DL 36/23-6

Aktualisierung der Schulbauliste

9. 23-V-51-0047

DL 35/23-19

Rechtsanspruch; Ganzttag in Schulentwicklungsplanung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender